

Angela Merkel in Warnemünde:  
Unser Land hat etwas Besseres  
verdient, als „rote Laterne“ zu sein.  
(Seite 17)



ANGELA MERKEL:

## Es geht um die **Stabilität** des politischen Systems

Das Schlimme an der Art und Weise, in der der Zuwanderungsbeschluss am 22. März im Bundesrat zustande gekommen ist, ist nach Meinung der Parteivorsitzenden: Schröders SPD hat die Regierungskoalition in Brandenburg erpresst und den Bruch des Koalitionsvertrags mit der CDU in Kauf genommen.

Angela Merkel: „Wenn

dieses Vorgehen Schule macht, haben künftig Koalitionsverträge keinen Wert mehr. Eine der großen Errungenschaften dieses Landes wäre gefährdet, ja: die Stabilität des politischen Systems insgesamt, die Demokratie. Machterhalt und Parteitaktik dürfen die verfassungsmäßige Ordnung nicht aushebeln.“

(Fortsetzung Seite 2)

### INHALT

#### ANTRAG SAARLAND

... auf Einberufung des Vermittlungsausschusses: Zuwanderungsbegrenzung im Gesetz nicht konsequent genug festgeschrieben.

SEITE 3

#### BUNDES RAT

SPD hat dem deutschen Parlamentarismus schweren Schaden zugefügt. Die Argumente der CDU im Bundesrat zum Zuwanderungsgesetz

SEITE 5 - 6

■ Angela Merkel: SPD verfällt in Torschlusspanik. Zur Initiative Schröders in der Familienpolitik (Seite 6) ■ Maria Böhmer: Erhöhungen und Streichungen beim Kindergeld – am Ende bleiben nur noch 10 Euro übrig (Seite 7–8) ■ Annette Widmann-Mauz: Schröder entdeckt die Familien (Seite 7) ■ Dietrich Austermann zur Airbus-Beschaffung: Union und FDP haben die Rechte des Parlaments durchgesetzt (Seite 9) ■ Carl Otto Lenz für den BACDJ: Sind nicht auch die Interessen der Kunden deutsche Interessen? (Seite 12) ■ Friedrich Merz in der Europadebatte: Ohne funktionsfähigen Mittelstand auch auf dem europäischen Binnenmarkt keine Chance (Seite 14–15) ■ Mittelstandsforum der KAS: Für grundlegenden Kurswechsel in der Arbeitsmarktpolitik (Seite 16) ■ „Ein neuer Wille fürs Land“. Landesparteitag der CDU Mecklenburg-Vorpommern in Warnemünde (Seite 17)

*Fortsetzung von Seite 1*  
**„Wollen Sie auf den Trümmern der Brandenburger Koalition ein Gesetz verabschieden?“ hatte in der Aussprache Landesinnenminister Jörg Schönbohm die Vertreter der SPD-regierten Bundesländer im Bundesrat gefragt. Er führte ihnen den hohen Preis vor Augen, den sie im Begriff waren, ohne Rücksicht und Bedenken zu zahlen.**

Dass die Brandenburger CDU trotzdem – auch heute noch – über die Freiheit verfügt, sich gegen, aber auch für die Weiterführung der Koalition in Potsdam zu entscheiden, ist das Verdienst von Jörg Schönbohm. „Er hat mit seinem klugen Vorgehen gezeigt,“ – so die Parteivorsitzende –, „dass er die Loyalität und Liebe zu seinem Land mit den Interessen unserer gemeinsamen Partei verbinden konnte.“

Auch aus Sicht der Parteivorsitzenden gibt es „keinen automatischen Zwang, die Koalition zu verlassen“: Jeder könne sehen, dass sie in Brandenburg mit Erfolg arbeitet. Gerhard Schröder

könnte es höchstwahrscheinlich sogar recht gewesen sein, wenn die Sozialdemokraten in Brandenburg mit der PDS einen neuen Partner gefunden hätten.

Inzwischen gilt für diesen Kanzler nicht nur „Versprochen – gebrochen“, was seine Wahlaussagen von vor dreieinhalb Jahren betrifft. Er erschreckt offensichtlich auch nicht vor einem Bruch der Verfassung und fester Vereinbarungen zurück. Angela Merkel nennt zwei Beispiele: ■ die wiederholte Missachtung des Haushaltsrechts bei der Beschaffung des Militärtransportflugzeugs A 400 M; ■ die Missachtung der Kompetenzen der EU-Kommission, als es ihm mit aller Macht darum ging, den „blauen Brief“ an sein Kabinett wegen schlechter Haushaltspolitik zu verhindern.

Für die Union war am Freitag wichtig: Sie hat gezeigt, dass sie geschlossen handelt. Angela Merkel: „Wir sind gewappnet für einen schwierigen Wahlkampf, bei dem die Sozialdemokraten, wie wir gesehen haben, alle Mittel nutzen.“

IMPRESSUM

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhofstr. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, Verlagsleitung: Bernd Proffittlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementspreis jährlich 32,00 €; Einzelpreis 1,00 €; Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

# Zuwanderungsbegrenzung nicht konsequent genug festgeschrieben

**ANTRAG** des Saarlands (Drucksache 157/3/02) zu TOP 8 der 774. Bundesrats-sitzung am 22. März: Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern

**DER BUNDESRAT** möge beschließen: Der Bundesrat verlangt zu dem vom Deutschen Bundestag am 1. März 2002 verabschiedeten Gesetz die Einberufung des Vermittlungsausschusses gemäß Artikel 77 Abs. 2 des Grundgesetzes mit dem Ziel der grundlegenden Überarbeitung des Gesetzes.

**BEGRÜNDUNG:** Das Zuwanderungsgesetz genügt nicht der Notwendigkeit der konsequenten Festschreibung der Zuwanderungsbegrenzung als Ziel in allen tragenden Normen des Gesetzes. Im Bereich der Arbeitsmigration kommt lediglich die Zuwanderung von Hochqualifizierten in den Arbeitsmarkt bei nachgewiesenem nationalem Arbeitsmarktbedürfnis unter Vorrangprüfung zu Gunsten einheimischer oder ihnen gleich gestellter Bewerber

in Betracht; dementsprechend ist die Zuwanderung im Auswahlverfahren (§ 20) zu streichen. Die humanitäre Zuwanderung ist auf den Anwendungsbereich der Genfer Flüchtlingskonvention zu begrenzen. Für die sog. geschlechtsspezifische und nichtstaatliche Verfolgung besteht keine Schutzlücke. Eine Härtefallregelung muss sicher stellen, dass sie keine neuen Anreize für Zuwanderung unter Missbrauch des Asylrechts schafft. Das Kindernachzugsalter ist auf 10 Jahre abzusenken; Ausnahmeregelungen sind restriktiv zu fassen. Der Wegfall der Duldung darf nicht zu einer ungerechtfertigten Besserstellung Ausreisepflichtiger führen und die Aufenthaltsbeendigung erschweren. Personen, deren Identität ungeklärt ist, bei denen der Verdacht der Zugehörigkeit

oder Unterstützung terroristischer Vereinigungen besteht oder die sich bestehenden Integrationsverpflichtungen verweigert haben, sind Aufenthaltstitel zu versagen. Die Möglichkeiten zur Durchsetzung der Ausreisepflicht sind zu verbessern. Das Asylbewerberleistungsgesetz ist konsequent und durchgängig anzuwenden; eine finanzielle Besserstellung von Asylbewerbern bei längerem Aufenthalt schafft Zuzugsanreize, die zu vermeiden sind. Die Regelungen über Integrationskurse nach Inhalt, Umfang und Kostentragungspflicht sowie über Sanktionen bei Nichtteilnahme an Integrationskursen sind zu konkretisieren. Im übrigen bedarf es einer angemessenen Beteiligung des Bundes an den Kosten der – auch nachholenden – Integration.

**ENTGEGEN** der Behauptung des am 22. März amtierenden Bundesratspräsidenten Klaus Wowereit in der Sendung von „Sabine Christiansen“ am letzten Sonntag hat der Direktor des Bundesrats, **Georg-Berndt Oschatz**, vor der Abstimmung empfohlen, bei einem gesplitteten Votum eines Bundeslands dessen Stimme als ungültig zu werten. Das geht aus einem Vermerk der Bundesratsverwaltung für Wowereit hervor, der *MDR Aktuell* vorliegt.

## Nur Blechschaden?

Die rot-grüne Koalition hat so große Risiken in Kauf genommen, um das Einwanderungsgesetz durch den Bundesrat zu bringen, dass das Auseinanderbrechen der großen Koalition in Brandenburg bloß wie ein Blechschaden aussähe: Was ist schon eine gebrochene Koalitionsvereinbarung, wenn über der Szene die dunklen Wolken des Verfassungsbruchs hängen?

Frankfurter Allgemeine

## Machtstreich

Der Machtstreich, durch den die Koalition Deutschland das Einwanderungsgesetz aufnötigte, ist ein Vorgang, bei dem das Wort Willkür so spürbar nahe lag wie bei keinem anderen Vorgang seit 1949. Die Welt

## In den Dienst der Macht gestellt

Klaus Wowereit verließ die parteipolitische Neutralität, die sein Amt im Bundesrat, das zweithöchste im Staat erfordert. Er stellte sich in den Dienst der Macht.

Der Tagesspiegel

## Risiko einer juristischen Niederlage

Dieser Sieg trägt den Kern der Niederlage in sich. Nach jahrelanger Auseinandersetzung hat die rot-grüne

Koalition eine Mehrheit für das Zuwanderungsgesetz errungen. Schröder hat also endlich wieder Handlungsfähigkeit und Durchsetzungsstärke bewiesen. Es könnte sich tatsächlich um einen Sieg handeln, wenn er nicht mit dem Risiko behaftet wäre, in eine juristische Niederlage zu münden. Und wenn die Art und Weise, ihn zu erringen nicht so unglaublich kaltschnäuzig wäre, so instinkt- und rücksichtslos. Berliner Zeitung

## Quittung am 22. September

Der Kanzler wollte auch um den hohen Preis einer Verfassungskrise die Diskus-

zweites Reformwerk auf Akzeptanz in der Bevölkerung angewiesen ist, steht nun im Geruch des Verfassungsbruchs. Ein SPD-Ministerpräsident macht sich zum Handlanger seines Parteichefs, ein anderer „assistiert“ als Bundesratspräsident – was für ein Bild! Dieser 22. März ist eine bleischwere Hypothek für die Demokratie dieses Landes. Rheinische Post

## Verfassung für Parteipolitik missbraucht

Dieser Kanzler ist mit seinem Latein offensichtlich am Ende. Trotz aller zur Schau gestellten Gelassenheit: Gerhard Schröder

BERLINER ZEITUNG: „UNGLAUBLICH  
KALTSCHNÄUZIG,  
INSTINKT- UND RÜCKSICHTSLOS“

sion über Zuwanderung aus dem Wahlkampf heraushalten. Doch das Kalkül dürfte nicht aufgehen. Die Verfassungs-Trickser könnten jetzt gleich mehrfach die Quittung erhalten: Erst vor dem Bundesverfassungsgericht. Und dann am 22. September. Bildzeitung

## Bleischwere Hypothek

Ausgerechnet das Zuwanderungsgesetz, das wie kein

zeigt Nerven, er macht Fehler, Riesenfehler. Er hat bis zur Bundestagswahl kaum noch ein Thema, mit dem er punkten kann. Nur so lässt sich erklären, dass er bei der Auseinandersetzung um das Zuwanderungsgesetz in die unterste Schublade des politischen Instrumentariums gegriffen hat – er hat die Verfassung für parteipolitische Zwecke missbraucht.

Handelsblatt

# Die SPD hat dem deutschen Parlamentarismus **schweren Schaden** zugefügt

## DIE ARGUMENTE DER CDU ZUR ABSTIMMUNG IM BUNDESRAT ÜBER DAS ZUWANDERUNGSGESETZ

Das im Bundesrat zur Abstimmung vorgelegte Zuwanderungsgesetz trifft weitreichende Entscheidungen im Hinblick auf die soziale Balance in unserer Gesellschaft. Deshalb wäre es wichtig gewesen, dieses Gesetz in einem möglichst breiten Konsens aller politischen Kräfte zu verabschieden. Der Antrag des Saarlandes, noch offene Dissenspunkte in einem Vermittlungsverfahren zu klären, beweist die ernsthafte Bereitschaft der Union, doch noch einen Kompromiss nach den langen ergebnislosen Diskussionen im Deutschen Bundestag zu suchen und zu finden.

Das von der Bundesregierung vorgelegte Gesetz hat den entscheidenden Nachteil, dass es zwar eine Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung zu erreichen vorgibt, in seinen Einzelregelungen aber derart unklar bleibt, dass im Ergebnis nicht weniger, sondern mehr Zuwanderung nach Deutschland erfolgen wird.

Die SPD hat sich im Bundesrat geweigert, ein Kompromissverfahren mitzutragen. Sie hat es von Beginn an darauf angelegt, den mit den Grünen verhandelten Kompromiss ohne Abstriche durchzusetzen. Dass dieses Gesetz in der Tat noch erheblichen Verbesserungsbedarf aufweist, zeigten die Fragen, die Brandenburgs Ministerpräsident im Bundesrat stellte. Er hatte allerdings leider nicht die politische Kraft, ein Vermittlungsverfahren zu unterstützen.

**Mit einer Arroganz, die noch keinem Kanzler gewagt worden ist**

Dem Bundeskanzler war offenkundig klar, dass er für sein Zuwanderungsgesetz

keine sichere Mehrheit im Bundesrat hatte. Er hat deshalb einen Ablauf für diese Bundesratssitzung entworfen, der in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland einmalig ist und in seiner Arroganz der Macht noch von keinem Kanzler gewagt worden ist:

■ Der Bundeskanzler ist verantwortlich dafür, das Ministerpräsident Stolpe den mit der CDU vereinbarten Koalitionsvertrag gebrochen hat. Dort heißt es: „Kommt eine Einigung nicht zu Stande, enthält sich das Land der Stimme.“ Gegen diese Vertragsbestimmung ist die SPD vertragsbrüchig geworden.

■ Der Bundeskanzler ist verantwortlich dafür, dass der ebenfalls der SPD angehörende Präsident des Bundesrates den offenkundigen Dissens in der Landesregierung von Brandenburg ignorierte, um dann ein Abstimmungsergebnis feststellen zu können, das dem ursprünglichen Stimmverhalten des Landes Brandenburg nicht entsprach.

## Schröder und SPD in Torschlusspanik



**Ganz plötzlich und aus heiterem Himmel stellt Schröder eine weitere Erhöhung des Kindergelds in Aussicht. Der Kanzler entdeckt auf einmal die Familienpolitik.**

Das ist aber leider ein unglaubliches Wahlversprechen. Dreieinhalb

Jahre lang hat Rot-Grün den Familien nicht geholfen, sondern sie sogar über die Ökosteuer geschröpft.

Nun auf einmal! Das Familienkonzept der Union hat Schröder und die Sozialdemokraten aus dem Schlaf gerissen und in Torschlusspanik versetzt.

Nur wenige Monate vor der Bundestagswahl am 22. September entdeckt Kanzler Schröder auch die Kinderbetreuung. Ebenfalls nach dreieinhalb Jahren, in denen nichts passiert ist. Und auch heute präsentiert der

Kanzler keine konkreten Lösungen, sondern nur weitere Versprechungen: Beim Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten will der Bund Investitionshilfen leisten.



*Noch nie zuvor in der 20-jährigen Dokumentation ist die relative Einkommensposition von Familien so stark abgefallen wie seit 1998.*

*Sozialrichter Jürgen Borchert*

Diese Vorgänge stellen eine bisher nicht gekannte parteipolitische Instrumentalisierung eines Verfassungsorganes dar. Das Gesetz ist nach Auffassung der Union um den Preis eines Verfassungsbruches zustande gekommen.

### Der Bundespräsident muss jetzt sorgfältig prüfen

Die CDU erwartet, dass der Bundespräsident – der zur Überparteilichkeit verpflichtet ist – eine umfas-

sende juristische Prüfung der Frage einleitet, ob das Zuwanderungsgesetz verfassungskonform zustande gekommen ist. Mit dem Abstimmungsvorgang hat der Bundeskanzler dem deutschen Parlamentarismus schweren Schaden zugefügt. Die Wählerinnen und Wähler haben bei der Bundestagswahl im September die Chance, auch eine Abstimmung über die skandalöse Vorgehensweise der rot-grünen Regierung und über die mangelhafte Qualität des Zuwanderungsgesetzes vorzunehmen.

Der Spitzenkandidat der Union, Ministerpräsident Edmund Stoiber, wird nach der Regierungsübernahme unverzüglich ein neues Gesetz vorlegen, das die Zuwanderung nach Deutschland so steuert und begrenzt, wie es unseren nationalen Interessen entspricht.

<http://>

Weitere Informationen, z. B. das Rechtsgutachten von Prof. Josef Isensee (Auszüge) und die Rede von Jörg Schönbohm im Bundesrat:  
[www.cdu.de](http://www.cdu.de)

MARIA BÖHMER:

# Erhöhungen und Streichungen – am Ende bleiben **nur noch 10 Euro übrig**

Zum Programmforum der SPD „Familie in Deutschland“ erklärte die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Die Familienpolitik der Bundesregierung hat in dieser Legislaturperiode allenfalls eine Nebenrolle gespielt. Versprochen hatte Schröder den Eltern im Bundestagswahlkampf 1998 viel. Gehalten hat die Bundesregierung davon wenig:

- Familienpolitik als Placebo. Berücksichtigt man die Erhöhungen und Streichungen echter familienpolitischer Leistungen, bleiben am Ende rechnerisch im Schnitt von den 16 Euro Kindergelderhöhung noch gut 10 Euro übrig.

- Für kinderreiche Familien gabes keine Erhöhung, denn 3. und weitere Kinder wurden von der Kindergelderhöhung ausgenommen.

- Allein Erziehenden wird der Haushaltsfreibetrag ersatzlos gestrichen. Das summiert sich bis zur Höhe eines Monatsgehalts.

- Bei den Betreuungskosten bleiben Eltern auf den ersten 1500 Euro sitzen. Erst



was darüber hinausgeht, ist steuerlich absetzbar, und zwar nur von erwerbstätigen Eltern.

## Die unseriöse Familienpolitik der Bundesregierung findet nun im Programmforum der SPD ihre Fortsetzung:

- Jetzt setzt der Bundeskanzler das Thema Kinderbetreuung auf die Agenda. Dreieinhalb Jahre sind verstrichen, ohne dass die Bundesregierung hier irgendetwas angepackt hat. Lösungen gibt es immer noch nicht. Statt dessen die Binsenweisheit des Bundeskanzlers: Darüber müsse mit den zuständigen Ländern und Kommunen verhandelt werden. Mit solchen An-

kündigungen wird Eltern nicht geholfen.

- Wie wenig ernst es die SPD mit dem Ausbau der Kinderbetreuung meint, zeigt sich in den SPD-regierten Ländern. Hier liegen die größten Defizite:

- Bei den Kindergartenplätzen liegen in den neuen Bundesländern die CDU-regierten Länder Thüringen und Sachsen vorne.

- In den alten Bundesländern liegt Baden-Württemberg vorne. Die Schlusslichter sind Bremen, NRW, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg.

- Baden-Württemberg weist 124 Kindergartenplätze pro 100 Kinder auf, Niedersachsen nur 89.

- Auch bei den Hortplätzen liegen Hessen (42) und Bayern (29) vor NRW mit 23 Plätzen pro 1000 Kinder.

**UNGLAUBLICH:** Nachdem die Bundesregierung die steuerliche Absetzbarkeit von Haushaltshilfen als „Dienstmädchenprivileg“ diffamiert und die steuerliche Förderung gegen den Widerstand der Union vor 3 Monaten abgeschafft hat,

will Schröder nun die Rahmenbedingungen für haushalts- und familienbezogene Dienstleistungen verbessern. Dieses Hin und Her hat mit seriöser Politik nichts mehr zu tun.

### Ganztagsangebote

Wir setzen auf einen bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuung für alle Altersgruppen. Für die unter 3jährigen geht es nicht nur um Krippenplätze, sondern auch um ein breit gefächertes Angebot von Tagesmüttern. Einen besonderen Schwerpunkt setzen wir auf Ganztagsangebote. Für Kinder im Grundschulalter gilt es, die Betreuende Grundschule ebenso auszubauen, wie das Netz von Ganztagschulen. Hessen, Baden-Württemberg und Bayern haben hier zukunftsweisende Weichenstellungen bei der schulischen Ganztagsbetreuung unternommen.

Weiterhin setzt die Union auf ein Familiengeld, das die Familien spürbar entlastet, Kinder wirklich aus der Sozialhilfe holt und überdies den Lohnabstand schafft, damit sich für Viele eine Arbeitsaufnahme lohnt.

**Wir werden  
das Familiengeld  
finanzieren.**

ANNETTE WIDMANN-MAUZ:

## Extra für den **Wahlkampf:** Schröder entdeckt die Familien

**Zu den Äußerungen von Schröder auf dem SPD-Programmforum „Familie in Deutschland“ zur Frauenpolitik erklärte die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:**

Nachdem Schröder zu Beginn seiner Amtszeit das Ressort von Bundesministerin Bergmann lapidar als „Ministerium für Frauen und Gedöns“ bezeichnet hat und sich im Laufe der gesamten Wahlperiode von Frauen- und Familienpolitik so fern wie möglich gehalten hat, scheint er nun die Frauen- und Familienpolitik für den Wahlkampf entdeckt zu haben.

So kündigt er wahlstrategisch pflichtbewusst – jedoch nicht überzeugend – an, die Familie als wichtigstes soziales Netz für die Menschen anzuerkennen und die Kinderbetreuungsmöglichkeiten auszubauen. Und auch die Frauenpolitik soll demnächst am Rande seiner Überlegungen vorkommen, jedoch vergisst er dabei wieder einmal völlig die Familienfrauen.

Dies alles verkündet er, ohne sich in irgendeiner Weise festzulegen. Und um von der grundlegenden Konzept- und Substanzlosigkeit seiner Politik abzulenken, wirft Schröder dem Kanzlerkandidaten von CDU und CSU, Edmund Stoiber, vor, ein „reaktionäres Verständnis der Geschlechterrollen“ zu haben.

### Konkrete Schritte der Union

Diese haltlosen Vorwürfe lassen tief blicken. Möglicherweise ist es dem Kanzler nicht recht, dass die Unionsfraktion mit dem Konzept „Faire Politik für Familien“ ein umfassendes Maßnahmenpaket für eine substantielle Frauen- und Familienpolitik vorgelegt hat. Darin werden u. a. konkrete Wege sowohl zu einer Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit für Mütter und Väter als auch zu mehr finanzieller Gerechtigkeit für Familien und zur Stärkung der Erziehungskompetenz aufgezeigt.

DIETRICH AUSTERMANN:

## Union und FDP haben die Rechte des Parlaments **durchgesetzt**

**Zum Stand des Beschaffungsvorhabens A 400 M erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:**

Das Vertragswerk, bestehend aus Regierungsabkommen und Industrievertrag, wird mit folgenden Vorgaben und Einschränkungen in Kraft gesetzt:

Es wird klagestellt, dass keine Verpflichtung oder Präjudizierung des künftigen Deutschen Bundestags entsteht, über die jetzt entsperren 5,1 Mrd. € hinaus weitere Mittel für die Beschaffung des A400M in künftigen Haushalten bereitzustellen.

Der OCCAR-Direktor wird ermächtigt, für Deutschland lediglich Verpflichtungen im Gesamtumfang (einschließlich etwaiger Schadensersatzansprüche) von 5,1 Mrd. € zu veranlassen.



Aus der entsprechend dem Volumen von rd. 5,1 Mrd. € verminderten Stückzahl von ca. 40 Maschinen ergibt sich keine Schadensersatzpflicht Deutschlands gegenüber den europäischen Vertragspartnern.

Alle Berichterstatter halten die von Bundesminister Scharping vorgeschlagene Alternative „Zahlung bei Lieferung“ für unwirtschaftlich (ebenso der Bundesrechnungshof); über die Art der Zahlung und die konkrete Bereitstellung der Mittel soll im Zusammenhang mit dem Haushalt 2003 entschieden werden. Wir sind

für Zahlung in jährlichen Raten bei Kostenanfall.

Mit diesem Ergebnis haben Union und FDP das parlamentarische Haushaltsrecht durchgesetzt: Es gibt keine Präjudizierung künftiger Parlamentsentscheidungen – auch nicht auf dem Umweg über eine exorbitante Schadensersatzdrohung. Der Bundestag bleibt in seinen Entscheidungen und Prioritätensetzungen frei.

Mit diesen Entscheidungen ist eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht nicht mehr erforderlich; der von uns vorsorglich eingebrachte Entwurf für einen Nachtragshaushalt wird zurückgezogen.

Beschämend ist, dass der Bundesverteidigungsminister in einem mehrmonatigen Verfahren von Union, FDP und einzelnen Koalitionsabgeordneten auf den „rechten Pfad“ des deutschen Haushaltsrechts zurückgeführt werden musste. Mit der Blamage für sein internationales *standing* im Verhältnis insbesondere zu den Vertragspartnern muss Rudolf Scharping zu recht alleine fertig werden. **UD**

**Norbert Hauser**, Bonner CDU-Bundestagsabgeordneter, ist zum Vizepräsidenten des Bundesrechnungshofes gewählt worden. Die Wahl war notwendig, weil der bisherige Vizepräsident Dieter Engels Nachfolger der Präsidentin Hedda von Wedel geworden ist, die zum Europäischen Rechnungshof geht.



## Am Ende

■ Schwimmbäder und Bibliotheken, Jugendzentren und Stadttheater werden geschlossen. ■ Schulen sind in unwürdigem Zustand: kein Geld für Renovierungen. ■ Straßen werden nur noch notdürftig geflickt, Springbrunnen abgeschaltet, Parks kaum noch gepflegt. ■ Immer mehr Kommunen sind Pleite. ■ Immer mehr Kommunen müssen selbst ihre laufenden Ausgaben für Personal oder Sozialausgaben auf Pump finanzieren. **Peter Götz**, kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Die Schröder-Regierung hat völlig unverantwortlich immer mehr Kosten auf die Kommunen verschoben: Grundrente, Langzeitarbeitslosigkeit und vieles mehr. Immer wieder haben Schröder und Eichel mit Steuer- und Finanzentscheidungen in die Taschen der Kommunen gegriffen: Steuerreform, Unternehmensteuerreform UMTS-Lizenzversteigerung und vieles mehr. Rot-Grün ist auch in den Kommunen am Ende.“

## Nicht reden, handeln!

■ Im Mai 2001 hatte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit ihrem Antrag „Deutschland 2015 – Aufbau Ost als Leitbild für ein

modernes Deutschland“ (BT-Drs. 14/6038) einen Stufenplan vorgelegt, nach dem die Gehälter im öffentlichen Dienst der neuen Länder bis 2007 auf das Westniveau gebracht werden sollten. Die SPD-Bundestagsfraktion hatte das damals rundweg abgelehnt. **Erwin Marschewski**, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU, und **Meinrad Belle**, Berichterstatter der Fraktion für den öffentlichen Dienst: „Jetzt, wo die Wahlchancen der SPD – insbesondere in den neuen Ländern – schwinden, wird der Kanzler nervös und fordert Dinge, die er ohne weiteres selbst erfüllen könnte. Er hat noch vor der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt Gelegenheit, einen Gesetzentwurf zur Anpassung der Ost-Besoldung an Westniveau vorzulegen.“

## Schnellschuss

■ Mit seinem Wahlversprechen bei BMW, die Steuer auf Jahreswagen abzuschaffen, hat Bundeskanzler Schröder wieder einmal versucht, die Gunst der Großindustrie zu gewinnen. **Gerda Hasselfeldt**, finanzpolitische Sprecherin der CDU/CSU: „Kleine und mittelgroße Unternehmen bleiben erneut auf der Strecke. Und: Wenn schon Abschaffung

der Jahreswagensteuer, dann auch Abschaffung der Steuer auf alle anderen Rabatte für Mitarbeiter.“ **Holzmann** und **Post** zeigen, was bei „unüberlegten Schnellschüssen“ letztlich herauskommt: eine Zeche, die die anderen zu bezahlen haben.

## In die Pleite

■ getrieben hat Schröders Politik immer mehr Unternehmen. Das zeigen die Insolvenzzahlen 2001 und deren dramatischer Anstieg um 17 Prozent gegenüber dem Jahr davor: auf 32.000. **Peter Rau**, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: „Die katastrophale Konsequenz einer gegen den Mittelstand gerichteten Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. Systematisch hat die Schröder-Regierung die mittelständische Wirtschaft benachteiligt und belastet.“ Beispiel: Der Körperschaftsteuersatz wurde für Kapitalgesellschaften um 15 Prozent gesenkt. Personenernehmen wurden mit einer Senkung des Einkommensteuersatzes um 2,5 Prozent abgeseigt.

## Gescheitert

■ Unterfinanzierung, Motivationsverlust, Nachwuchsmangel, Mängel in den Truppenunterkünften – die

Lage der Bundeswehr, wie sie im Jahresbericht 2001 des Wehrbeauftragten zum Ausdruck kommt, ist besorgniserregend. Die Beförderungslage bei den Offizieren ist unbefriedigend. Material- und Ersatzteillage: schlecht. **Paul Breuer**, vereidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU, und **Werner Siemann**, Berichterstatter der Fraktion für den Arbeitsbereich des Wehrbeauftragten: „Für die Truppe entsteht ein großer Schaden, wenn jetzt nicht umgesteuert wird. Die Bundeswehr muss dringend aus dem von der Schröder-Regierung kaltschnäuzig verordneten Schattendasein herausgeführt werden. Sie braucht endlich eine glaubwürdige Perspektive.“

### Nichts erreicht

■ Schuldrecht, Insolvenzrecht, Heimgesetz, öffentliche Verkehrsmittel – in all diesen Bereichen ist zwar die Schröder-Regierung, aber nicht Bundesministerin Künast tätig geworden. Für den Verbraucherschutz ist nichts dabei herausgekommen – auch nicht bei der gerade erst geänderten Eisenbahnverkehrsordnung. Wo man eigentlich Ersatzansprüche an die Deutsche Bahn hätte erwarten können – bei Verspätungen und ver-

passten Anschlüssen -, gilt nach wie vor der Haftungsausschluss. Neue Türen habe sie mit dem Verbraucherinformationsgesetz geöffnet, behauptet die Ministerin. **Klaus W. Lippold**, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: „Tatsache ist, dass sie stattdessen der Behördenwillkür Tür und Tor geöffnet hat.“

### Nur Sonntagsreden

■ Entgegen öffentlicher Versprechen haben es die Vertreter der SPD in der Enquetekommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ abgelehnt, Vorstandsmitgliedern von Vereinen, die kraft Stellung zur Geschäftsführung verpflichtet sind, eine steuer- und sozialversicherungsfreie Aufwandsentschädigung von 152 Euro monatlich zu gewähren. Jedes Telefonat, jede Briefmarke, jeden Fahrkilometer müssen Vereinsvorstands-Mitglieder dem Finanzamt durch Einzelbelege nachweisen und gleichzeitig „sowohl gegenüber Dritten als auch gegenüber dem Verein erhebliche Haftungsrisiken“ tragen, wie es in einem von der Kommission eingeholtes Rechtsgutachten heißt. **Klaus Riegert**, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft

„Sport und Ehrenamt“ der CDU/CSU: „Wir bleiben bei der Forderung, die die SPD jetzt schon zum wiederholten Male abgelehnt hat. Die Förderung ehrenamtlicher Tätigkeiten findet bei Rot-Grün nur plakativ in Sonntagsreden und Broschüren statt.“

### Gegen Vertreibungen

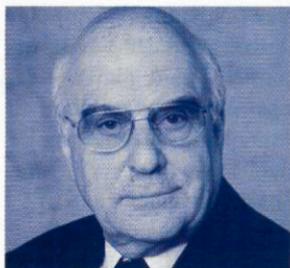
■ Mit einer gemeinnützigen Stiftung will eine überparteiliche Initiative die weltweiten Vertreibungen dokumentieren und Wege zur Völkerverständigung und Versöhnung zeigen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt diese Initiative und beantragt im Bundestag die Errichtung eines solchen „Zentrums“. **Norbert Lammert**, kulturpolitischer Sprecher der Fraktion, und **Hartmut Koschyk**, vertriebenenpolitischer Sprecher, fordern in dem Antrag die Bundesregierung auf, ■ die Grundlage für eine konstruktive Zusammenarbeit mit der Initiative „Zentrum gegen Vertreibungen“ zu schaffen; ■ ein geeignetes Gebäude in Berlin als öffentlich zugänglichen Ort der Forschung, Dokumentation und Ausstellung bereit zu stellen; ■ und Voraussetzungen für eine Beteiligung der Länder an diesem Projekt zu klären. 

## Sind nicht auch die Interessen der **Kunden** deutsche Interessen?

**Bundeskanzler Schröder spielt sich auf als Vertreter deutscher Interessen, die angeblich von der EU-Kommission nicht genügend beachtet werden.**

Schaut man näher hin, so sind es die Interessen gewisser Zweige der deutschen Großindustrie und der mit ihnen eng verbundenen Gewerkschaften, für die sich Schröder einsetzt, und die tatsächlich von der Kommission mehr Wettbewerb ausgesetzt und einer wirksamen Beihilfenkontrolle unterworfen werden sollen – nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen EU.

Zweifellos sind die Interessen der deutschen Großindustrie deutsche Interessen, aber sind sie auch die Interessen aller Deutschen? Sind nicht auch die Interessen der Kunden der Großindustrie, z.B. der Autokäufer, deutsche Interessen? Oder sind die Interessen der Betriebe, die keine Beihilfen empfangen, nicht auch deutsche Interessen? Und liegt es nicht im Interesse aller Verbraucher, dass ein wirksamer Wettbewerb für möglichst hohe Qualität und möglichst



niedrige Preise sorgt? Und liegt es nicht im Interesse aller Betriebe, die keine Staatsbeihilfen erhalten (und das sind die allermeisten), dass keine – wenigstens keine wettbewerbverfälschenden – Subventionen gezahlt werden? Liegt es nicht im Interesse aller deutschen Steuerzahler, dass dem Subventions-Europameister Deutschland Einhalt geboten wird?

Diese Interessen vertritt die EU-Kommission. Sie hat sich schon in der Sache des „blauen Briefes“ als der bessere Sachwalter der In-

teressen der stabilitätsbewussten Mehrheit des deutschen Volkes (und aller europäischen Völker) erwiesen. Sie braucht den Vorwurf der Missachtung deutscher Interessen nicht auf sich sitzen zu lassen.

Warum vernachlässigt Schröder die Interessen der vielen (unorganisierten) Konkurrenten, Steuerzahler und Verbraucher und bevorzugt die wenigen (organisierten) großindustriellen und gewerkschaftlichen Interessen? Weil er sich davon mehr Vorteile im Wahlkampf verspricht! Er ist der Kanzler der Konzerne und Gewerkschaften, nicht der Verbraucher und Steuerzahler. Er steht für gewisse deutsche Sonderinteressen, nicht für die Interessen der Allgemeinheit. Wir brauchen einen Kanzler, dem Gemeinnutz vor Eigennutz geht.

**Barbara von Wnuk-Lipinski** ist neue Bundesvorsitzende des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS). Die Bundesdelegiertenversammlung des größten deutschen Studentenverbands hat am 13. März in Bad Nenndorf Stefan Gösenkamp zum stellvertretenden Vorsitzenden und Bence Bauer zum Bundesschatzmeister gewählt.



**SCHRÖDER** verliert Vertrauen bei der Wirtschaftselite. Das ist das Ergebnis einer Allensbach-Umfrage im Auftrag des Wirtschaftsmagazins Capital. Mehr als drei Viertel der 375 befragten Führungskräfte fordern einen Regierungswechsel. Nur noch 15 Prozent der Manager sehen die Bundesregierung „stark genug“ für die Durchsetzung durchgreifender Reformen. Mehr als die Hälfte der Befragten trauen genau das – nötige Reformen anzugehen – dem Kanzlerkandidaten der Union Edmund Stoiber zu.

**HINTER CDU** und PDS ist rund drei Wochen vor der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt in der Wählergunst die regierende SPD abgestürzt. Nach den Zahlen von Emnid käme die CDU auf 33 Prozent – das sind elf Prozentpunkte mehr als 1998 –, die PDS auf 25 (plus 5), die SPD auf 24 (von 35,9 vor vier Jahren).

**FALSCHES SIGNAL** hat der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) die Entscheidung der Schröder-Regierung genannt, die Pfandpflicht auf Einwegverpackungen für Bier, Mineralwasser und CO<sub>2</sub>-haltige Erfrischungsgetränke einzuführen: „Ökonomisch unsinnig und auch ökologisch nicht

zu rechtfertigen“. Mit Hilfe des „Zwangspfands“ greife der Bundesumweltminister in den Markt ein und betreibe Produkt-„lenkung“. Den Kosten dafür in Höhe von über drei Milliarden Euro stehe nur eine marginale Entlastung der Umwelt gegenüber.

**JEDER ZWEITE** bis dritte Betrieb ist, wie die Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank (WGZ) mitteilt, mit seinem Geschäftsverlauf unzufrieden: ein neuer Tiefststand auf dem Stimmungsbarometer des deutschen Mittelstands. 90 Prozent der unzufriedenen Unternehmen befürchten, dass die Lage schlecht bleibt oder sogar noch schlechter wird. Entsprechende Tiefstände melden die Unternehmen bei den Investitionen. Nur jeder achte von ihnen plant Erweiterungsinvestitionen. WGZ-Vorstandschef Werner Böhnke: „Es wird nicht in Wachstum investiert, weil kaum jemand an Wachstum glaubt.“

**3,5 PROZENT** weniger Gewerbe sind 2001 in Deutschland angemeldet

worden: insgesamt 729.000. Die Zahl der Gewerbeabmeldungen ist um 2,7 Prozent zurückgegangen: auf 645.000. Bei 184.000 der neu angemeldeten Betriebe kann eine größere wirtschaftliche Substanz vermutet werden. Rund 400.000 Neuerrichtungen sind Kleingewerbe- oder Nebenerwerbsbetriebe.

**FAST UNVERÄNDERT** ist in Deutschland die Schülerzahl an Berufsschulen: rund 2,7 Millionen im laufenden Schuljahr 2002/2002. Wie schon im Vorjahr stehet einer geringfügigen Zunahme in den alten Bundesländern um 0,3 Prozent eine Abnahme in den neuen Ländern und in Berlin um 1,1 Prozent gegenüber. Hohe Zuwachsraten weisen berufliche Schularten auf, die zur Hochschul- bzw. Fachschulreife führen.

Die Erfolgsgeschichte des Evangelischen Arbeitskreises von A. Martin und G. Mehnert. Das Buch ist über EAK-Bundesgeschäftsstelle, Klingelhofstraße 8, 10785 Berlin, für 15 € incl. MwSt. und Versand erhältlich.



# Ohne funktionsfähigen Mittelstand auch in Europa **keine Chance**

**In der Debatte zum Thema „Ergebnisse des Europäischen Rates von Barcelona am 15./16. März 2002“ am 21. März führte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion u. a. folgendes aus:**

Der Bericht der EU-Kommission vom 15. Januar 2002 formuliert mit gutem Grund gerade für Deutschland dringenden Handlungsbedarf insbesondere bei der Deregulierung der Arbeitsmärkte, der Reform der Steuer- und Rentenversicherungssysteme, bei der Liberalisierung der Strom- und Gasmärkte sowie bei den Investitionen in Bildung und Forschung.

Noch deutlicher war der Bericht der EU-Kommission über die Umsetzung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik der EU-Staaten im Jahre 2001 vom 21. Februar dieses Jahres, den der Ecofin-Rat erarbeitet hat. Das Zwischenzeugnis, Herr Bundeskanzler, das Ihnen und Ihrer Regierung dort ausgestellt wird, ist eine scharfe und gleichzeitig berechtigte Kritik an Ihrer Regierungspolitik. Es ist be-



zeichnend, dass Sie es in Ihrer Regierungserklärung mit keiner Silbe erwähnt haben.

Europa stände besser da, wenn Deutschland nicht diesen Wachstumseinbruch im letzten Jahr gehabt hätte. Nicht die Europäische Union hat ein Wachstums- und Beschäftigungsproblem, sondern vor allen anderen ist es Deutschland, das unter Ihrer Führung, Herr Bundeskanzler, zum Schlusslicht in Europa geworden ist. Schlusslicht beim Wachstum, Schlusslicht bei der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, dafür aber das Land mit der höchsten Neuverschuldung aller europäischen Mitgliedstaaten. Europa hat nicht in erster Linie ein europäisches Problem, sondern ein deutsches Problem. Deutschland, Herr Bundeskanzler,

ist in der Zeit Ihrer Regierung zum kranken Mann Europas geworden.

In Ihrer Regierungserklärung vom heutigen Tag kommt in erstaunlicher, ich sage: in erschreckender Häufigkeit das Wort von der deutschen „Industriepolitik“ vor.

Meine Damen und Herren, damit kein Missverständnis entsteht: Wir brauchen in Deutschland produzierende Industrie, wir brauchen große, weltweit tätige Konzerne, die in Deutschland ihren Sitz haben. Die deutsche Industrie braucht auch in Zukunft gute Standortbedingungen. Auch von der deutschen Industrie im Ausland geschaffene Arbeitsplätze sichern Arbeitsplätze im Inland.

Aber deswegen brauchen wir noch längst keine „Industriepolitik“, vor allem keine „Industriepolitik“, wie wir sie heute morgen von Ihnen, Herr Bundeskanzler, vermittelt bekommen haben.

Wir brauchen vielmehr eine langfristig und stetig angelegte Wirtschaftspolitik, die sich unabhängig von der Größe der Unternehmen auf die Verbesserung der

FRIEDBERT PFLÜGER:

## Den globalen Risiken gemeinsam begegnen

Angesichts der „neuen Bedrohung der zivilisierten Welt“ seit dem 11. September hat der Bundesfachausschuss Außen- und Sicherheitspolitik unter der Leitung von Friedbert Pflüger beschlossen: Nordamerika und Europa müssen sich gemeinsam für die globalen Risiken des 21. Jahrhunderts rüsten. Mit den Terroranschlägen auf die USA ist die Sicherheitspolitik zum zentralen Thema der transatlantischen Beziehungen geworden. Drei große Aufgaben sind es, die aus Sicht der CDU in den nächsten Monaten sorgfältig vorbereitet werden müssen: ■ Die zweite Runde der NATO-Osterweiterung des Bündnisses ■ die strategische Partnerschaft mit Russland ■ und die Ausarbeitung einer gemeinsamen Strategie für die künftigen – und globalen – Aufgaben der NATO.

Wettbewerbsfähigkeit aller Unternehmen in Deutschland konzentriert. Es wirft ein bezeichnendes Licht auf Ihr Verständnis von Wirtschaftspolitik, Herr Bundeskanzler, wenn in Ihrer Regierungserklärung vom heutigen Tag – und das Thema heute ist die Dynamik des europäischen und damit auch des deutschen Wirtschaftsraumes – wenn in dieser Regierungserklärung das Wort „Mittelstand“ nicht ein einziges Mal Verwendung findet.

Ihre Regierungserklärung vom heutigen Tag, Herr Bundeskanzler, atmet den Geist des Interventionismus und des Protektionismus, sie atmet den Geist der staatlichen Unternehmensplaner am grünen Tisch, die von abgrundtiefem Misstrauen gegen eigenverantwortliche Unternehmer geprägt sind und die den großen industriellen Einheiten das Wort reden, die in kollektiven Gremien gesteuert und kontrolliert werden.

Wenn ein mittelständischer Unternehmer überhaupt die Zeit gehabt hat, Ihnen, Herr Bundeskanzler, heute morgen zuzuhören, dann wird er sich in Ihrer Welt der großen Einheiten und deutschen „Industriepolitik“ nicht mehr wiedergefunden haben. Dabei werden

60 % des Umsatzes unserer Volkswirtschaft in mittleren und kleinen Unternehmen erwirtschaftet, 70 % der Arbeitsplätze und 80 % der Ausbildungsplätze werden in mittleren und kleinen Unternehmen bereitgehalten. 90 % der Unternehmen in Deutschland sind kleine und mittlere Unternehmen in unserem Land. In der „Industriepolitik“ unseres Bundeskanzlers kommen sie schlicht nicht mehr vor.

Jedes Kind in Deutschland weiß, Herr Bundeskanzler, dass wir ohne einen funktionsfähigen Mittelstand, der auch im europäischen Binnenmarkt seine

Chance erhält, nie und nimmer die Wachstums- und Beschäftigungskrise überwinden werden, in der wir uns seit nunmehr fast zwei Jahren befinden.

Aber auch die großen Unternehmen können mit Ihrer Wirtschaftspolitik, Herr Bundeskanzler, nicht wirklich zufrieden sein.

Die weiter zunehmende Überregulierung der Arbeitsmärkte in Deutschland ist die größte Beschäftigungsbremse, die wir haben. In Ihrer Regierungserklärung findet sich dazu kein Wort.

<http://>

Wortlaut der Rede:  
[www.cducsu.de](http://www.cducsu.de)

# Wir brauchen einen **grundlegenden** Kurswechsel in der Arbeitsmarktpolitik

**Das aktuelle Mittelstandsforum der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin hat sich mit dem Thema „Arbeitsmarktpolitik auf dem Prüfstand“ beschäftigt.**

Unter der Moderation von Marie-Luise Dött MdB, Mitglied des Bundesvorstands der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU, diskutierten Karl-Peter Fuß, Vizepräsident des Landesarbeitsamts Berlin-Brandenburg, Dr. Reinhard Göhner MdB, Parlamentarischer Staatssekretär a.D. und Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Senator a.D. Peter Kurth MdB, arbeitsmarktpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin, und Karl Brenke, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW).

## Absolute Vorfahrt für Vermittlung

Reinhard Göhner betonte, dass die Bundesanstalt für Arbeit nicht nur

in ein modernes und schlankes Dienstleistungsunternehmen umgestaltet werden müsse. „Wir brauchen vor allem einen grundlegenden Kurswechsel in der Arbeitsmarktpolitik: mit absoluter Vorfahrt für Vermittlung, und weg von milliarden-schweren Beschäftigungs- und marktfernen schematischen Weiterbildungsprogrammen.“

Der Statistikskandal hat die verheerenden Folgen aus der Überfrachtung der Arbeitsämter mit sachfremden Aufgaben bloßgelegt. Das sogenannte Job-AQTIV-Gesetz war mit dem Ausbau der künstlichen Beschäftigung dabei wieder ein Schritt in die falsche Richtung. Niemand darf sich aber Illusionen hingeben: Die hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland ist nur zu überwinden, wenn gleichzeitig die Verkrustungen und Bremsklötze im deutschen Arbeitsrecht beseitigt werden.“

Auch Peter Kurth kritisierte vor dem Hintergrund der dramatischen Zahlen des Berliner Arbeitsmarktes die Arbeitsmarktpolitik auf

Bundes- und Landesebene: „Weder Unternehmer noch Arbeitslose trauen den Arbeitsämtern in ihrer heutigen Struktur zu, wirksam bei der Besetzung offener Stellen und bei der Vermittlung Arbeitsloser zu helfen. Wir brauchen eine neue Struktur der Berliner Arbeitsämter, eine ergebnisorientierte Bewertung und Steuerung der Programmvielfalt und eine Entlastung der Arbeitsämter.“

## Verteuerung der Arbeit wirkt Schaffung neuer Arbeitsplätze entgegen

Das eigentliche Problem sei die Steuer- und Abgabenbelastung der Unternehmen, die den Faktor Arbeit verteuere und damit der Schaffung neuer Arbeitsplätze entgegenwirke.

■ Das seit drei Jahren bestehende Mittelstandsforum der Konrad-Adenauer-Stiftung hat das Ziel, mittelständische Unternehmen mit Fachpolitikern zusammenzubringen, um den Austausch zwischen Wirtschaft und Politik zu fördern. UID

## Ein neuer Wille fürs Land

„Unser Land hat etwas Besseres verdient, als rote Laterne und Schlusslicht in Europa auf fast allen politischen Feldern zu sein.“

Mit großem Beifall haben die Delegierten des 17. Landesparteitags der CDU Mecklenburg-Vorpommern am 23. März in Warnemünde die Worte der Parteivorsitzenden quittiert, die sowohl auf die Bundesrepublik als auch auf das Bundesland gemünzt waren.

Angela Merkel ist davon überzeugt: Von diesem Parteitag wird ein Signal ausgehen, und mit Eckhardt Rehberg an der Spitze wird die CDU bei der Landtagswahl am 22. September Rot-Rot wegfeiern.

### Eine lange Liste schwerer Vorwürfe an die Adresse von SPD und PDS

„Die Stimmung für den politischen Wechsel ist besser als je zuvor,“ rief Rehberg den Delegierten zu und legte zum Beweis des Versagens des SPD/PDS-Regierungsbündnisses in Schwerin eine lange Liste schwerer Vorwürfe vor. Al-



Fotos: Rainer Cordes

les läuft auf eins hinaus: Untätigkeit und „gröbliche Vernachlässigung“ der Landesinteressen.

In den Mittelpunkt ihres Wahlprogramms hat die mecklenburg-vorpommersche CDU das Thema Abwanderung – vor allem junger Leute – gestellt. Dazu die Forderung: „Nicht Mobilitätshilfen, die es erleichtern, dem Land den Rücken zu kehren, sind nötig, sondern Rahmenbedingungen, die das Hierbleiben ermöglichen.“

Genau so wichtig: eine effektive Haushaltspolitik, die eindeutige Prioritäten für ■ Investitionen ■ Unternehmenssicherung ■ Erhöhung der inneren Sicherheit ■ und Beendigung der Bildungsmisere setzt.



Angesichts einer neuen Umfrage, die der CDU Stimmenanteile von mehr als 40 Prozent einräumt, war es



kein übertriebener Optimismus des Spitzenkandidaten zu sagen: „Wir wollen stärkste Partei und Fraktion werden. Dann sehen wir weiter.“ Und meinte mit dem zweiten Satz die Frage einer Koalition. Die FDP jedenfalls darf diesmal damit rechnen, die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen.

### Landesvertreter- versammlung:

Bei der Aufstellung der Kandidaten durch die Landesvertreterversammlung wurde die Parteivorsitzende Angela Merkel mit 98,6 Prozent auf Platz eins der Landesliste Bundestagswahl gesetzt, Eckhardt Rehberg mit 94,5 Prozent auf Platz eins der Landesliste Landtagswahl.

Die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Bochum sucht für die Fraktionsgeschäftsstelle zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine/einen

### Fraktionsreferentin/Fraktionsreferent

**Aufgaben:** ■ Recherche politischer Sachverhalte, Sichtung und Sammlung und Auswertung von Materialien für die kommunalpolitische Willensbildung ■ Zusammenarbeit mit den unterschiedlichsten Ämtern der Stadt Bochum, städtischen Gesellschaften und Parteiorganen der CDU ■ organisatorische und inhaltliche Unterstützung und Beratung der Fraktion ■ Koordinierung der Angelegenheiten der verschiedenen Fachausschüsse und Bezirksvertretungen ■ Mitwirkung bei der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

**Anforderungen:** ■ Abschluss Fachhochschule mit Fachrichtung Kommunal- oder Innere Verwaltung, ggf. auch betriebswirtschaftliches oder gleichwertiges Studium ■ betriebswirtschaftliche Grundkenntnisse ■ von Vorteil wäre ein Querschnittswissen, das durch Praxiserfahrung in verschiedenen Bereichen erworben wurde ■ sichere EDV-Kenntnisse ■ organisatorische Fähigkeiten ■ sicheres und gewandtes Auftreten ■ Verhandlungsgeschick und Überzeugungsvermögen, hohe Kontakt- und Kommunikationsfähigkeit ■ flexibel, kreativ und begeisterungsfähig, aber auch belastbar und entscheidungsfreudig ■ die Bereitschaft, Ihre Arbeitszeit dienstleistungs- und verantwortungsorientiert flexibel zu gestalten ■ Teamfähigkeit.

**Vergütung:** erfolgt den Anforderungen gemäß und leistungsorientiert in Anwendung des BAT bzw. BBesG.

Wir bieten Ihnen die Mitarbeit in einem Team, Möglichkeiten zur Weiterbildung, selbstständiges Arbeiten. Haben Sie darüber hinaus noch Fragen? Der Fraktionsgeschäftsführer, Hans-Georg Schrupf, steht Ihnen gerne unter Tel.: 02 34-9 10-2077 zur Verfügung.

Wenn Sie sich angesprochen fühlen, richten Sie Ihre Bewerbung mit Lebenslauf, Lichtbild und Befähigungsnachweisen bitte zum 29. April an die **CDU-Fraktion im Rat der Stadt Bochum, Rathaus/BVZ, Zimmer 2098, 44777 Bochum.**

## Kampagnenbriefe: Arena 02

## ■ 4. Ausgabe „Arena 02“:

Hinter den Kulissen des Stoiber-Teams: „Den Erfolg im Visier“ / Die drei Wahlkampfphasen vor Ort / Deoskopie: Meinungsklima / SPD muss Spendenaffäre aufarbeiten (15. März 2002)

■ 3. Ausgabe: Die Union auf Erfolgskurs / Edmund Stoiber: Mit großer Zuversicht in den Wahlkampf (18. Januar 2002)

■ 2. Ausgabe: Angela Merkel: Rot-Grün erhält die Quittung / Laurenz Meyer: Genug geschluckt / wahl fakten.de / Kandidatenservice (2. Dezember 2001)

■ Erstausgabe des Kampagnen-Newsletters: Deoskopie: „Bewegen lässt sich viel – Packen wir's an“ / Wahlkampf und Internet / kandidet.de (4. Oktober 2001)

## ARENA 02

Der Kampagnen-Brief aus dem Konrad-Adenauer-Haus.



NEWS +++ SERVICE +++ BERICHTE +++ INFOS +++ NEWS +++ SERVICE +++ BERICHTE +++

15. März 2002

Noch 191 Tage bis zur Wahl.

## +++ Den Erfolg im Visier

Ein Blick hinter die Kulissen des Stoiber-Teams +++



Seit gut einem halben Jahr arbeitet die „Arena 02“ auf Hochkurs an einem Erfolg bei den Wahlen im September. In den Wahlkampfbriefen der CDU laufen alle Fäden zusammen, die vom Kandidatenservice bis zu Online-Kampagnen im Wahljahr von Bedeutung sind. Seit der Kanzlerkandidatenentscheidung ist ein neuer Arbeitsbereich in das Konrad-Adenauer-Haus integriert: das Stoiber-Team.

Insgesamt neun Personen – Mitarbeiter von CDU und CSU – erarbeiten dort die persönliche Kampagne Edmund Stoibers während des Wahlkampfes. Zudem sind sie für die Vorbereitung und Begleitung der medialen Auftritte der Kandidatensprecher der Union zuständig. Leiter des Teams ist Michael Spreng (53, langjähriger Chefredakteur der „Bild am Sonntag“ im Bild rechts).

Bei seinem ersten Besuch im Stoiber-Team überreichten die Mitarbeiter Edmund Stoiber als Antrittsgeschenk eine Kopie ihres Kolumnen. Ein Foto vom Kanzleramt, das mit dem Stempel unterlegt ist: „Wir gehen Ihrer Zukunft ein Zuhause.“ Der Kandidatenschilder liegt sich begeistert über die kreative Idee seines Teams. Auf große Zustimmung stieß die Präsentation seines neuen Auftritts im Internet. [www.mitglied.cdu.de](http://www.mitglied.cdu.de)

[www.stoiber.de](http://www.stoiber.de) können sich Interessierte schon jetzt einen ersten Überblick über die Person und den Politiker Stoiber machen. Einen Einblick in den Teamkader und Reizen zum Herunterladen gibt es bereits. Aber es handelt sich noch um eine Vorstufe der späteren Homepage. Im Mai soll ein stark erweitertes Angebot mit weiteren Features und reichlich mehr Informationen online gestellt werden.

Die Arbeit des Stoiber-Teams trägt insgesamt bereits erste Früchte: der Vorgänger Gerhard Schröder auf Edmund Stoiber schied im Januar weiter. Laut ZDF-Politikbarometer vom März belief der Abstand im direkten Vergleich zwischen beiden Kandidaten gerade einmal zwei Prozent, nachdem es im Februar noch neun Prozent waren. Auch in der persönlichen Beurteilung der Politiker gewinnt Edmund Stoiber stetig an Boden, während der Kanzler verliert.

Diese Werte zeigen zusammen mit den anderen, im Hintergrund der Union (siehe nächste Seite), dass Edmund Stoiber hervorragende Chancen hat, im September ins Kanzleramt einzuziehen. Das Stoiber-Team jedenfalls will alles tun, um ihn den Weg dorthin auf optimale Weise zu ebnen.

Ingressum: CDU-Bundesgeschäftsstelle, Klingelhofstraße 8 • 10745 Berlin • Telefon 0 30 20 10 10 • Telefax 0 30 20 70 11 1 • e-mail: post@cdtu.de • www.cdu.de

## ■ Liebe Freunde,

ab sofort erscheint dieser Newsletter bis zur Wahl am 22. September regelmäßig einmal im Monat.

Heute steht ein Porträt des Stoiber-Teams im Vordergrund, das die persönliche Kampagne Edmund Stoibers erarbeitet. Wir möchten Ihnen damit einen wichtigen Bestandteil unserer Wahlkampfzentrale „Arena 02“ näher bringen. Einem zweiten Schwerpunkt dieser Ausgabe bildet der Wahlkampf vor Ort mit den drei Phasen: organisatorische Vorbereitung – Mobilisierung (Platz einräumen, Öffentlichkeit und Medien ansprechen) – „heiße Phase“ (Wähler mobilisieren).

Ganz wichtig ebenfalls für Ihren Wahlkampf vor Ort: unsere prompten Antworten auf wahlgebundene Behauptungen der SPD und ihrer prominenten Sprecher. Inzwischen haben wir die **6. rapid response** gegeben – auf Schröder und Höpfer in Magdeburg. Sie finden sie im Internet unter [www.wahl fakten.de](http://www.wahl fakten.de).

Laurenz Meyer  
Generalsekretär

## ■ Es geht um den Vorwurf der Korruption/ Angela Merkel fordert gründliche Aufarbeitung der SPD-Spendenaffäre

Während sich kaum jemand vorstellen kann, dass SPD-Generalsekretär Franz Münterfering nichts über die Umstände des Baus der Mutter-Kind-Kliniken in Köln mitbekommen hätte, gibt es Ängste in der Bundes-SPD, die Affäre könnte nur Spilloff sein, vier große Kontraktionskrisen sein.

Überdies hat die Parteivorstandende der Sozialdemokraten im Deutschlandfunk aufgedeckt, die Affäre „sehr gründlich“ aufzuarbeiten. Es geht in erster Linie nicht darum, „mit markigen Worten alle Inanspruchnahmen“ zu benennen, sondern das „Beziehungsgeschehen“ aufzuklären.

Zuletzt sollte Angela Merkel klar, dass es sich bei der SPD-Spendenaffäre um einen „qualitätsrelevanten Sachverhalt“ handle als bei der Union. „Es geht um den Vorwurf der Korruption.“

Weitere Informationen zum Thema: [www.cdu.de](http://www.cdu.de)

„BASEL II - Bedrohung oder Chance?“ Zu diesem Thema führt die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU am 25. April in Köln eine Veranstaltung durch. Die Besetzung mit „hochkarätigen Experten“ sorgt dafür, dass keine der wichtigen Fragen zum Thema Kapitalausstattung des industriellen Mittelstands unbeantwortet bleibt. Diskussionssteilnehmer: der Vorsitzende des Basel II-Komitees, William J. McDonough, und Dr. Rolf-E. Breuer, Präsident des Bundesverbands Deutscher Banken.

„GLAUBE UND POLITIK“ – Zu einem Seminar, das sich mit der „Rückbesinnung auf die Grundlagen von Kultur nach dem 11. September 2001“ befasst, lädt die Konrad-Adenauer-Stiftung Lehrer, Studenten, Theologen und politische Funktionsträger ins Bildungszentrum Eichholz/Wesseling ein. Zur Einführung spricht der Parlamentarische Staatssekretär a.D. Horst Waffenschmidt, den Schlussvortrag hält Hermann Gröhe **MdB. Termin: 22./23. Mai.** Anmeldungen: 022 3670 72 34.



**SPD**

**Platzpatronen**

Wenn Müntefering die Szene betritt, glaubt man einen Sheriff aus dem Wilden Westen beim Ausräuchern eines Banditennests vor sich zu haben. Da hagelt es Sanktionen und Zwangsmaßnahmen gegen sozialdemokratische Dunkelmänner. Hilfssheriffs aus der nordrhein-westfälischen SPD schießen sogar mit der Drohung von Beugehaft um sich. Der Aufklärungsfuror der SPD soll den Eindruck vermitteln, dass die SPD mit ihren Sündern weniger nachsichtig umgehe als die CDU. Doch Müntefering ist nicht das Gesetz in Person, und sein Colt hat bisher hauptsächlich Platzpatronen verschossen.

Frankfurter Allgemeine

**Chefaufklärer Schmude**

Die Unübersichtlichkeit des Geschehens rund um die schwarzen Kassen und

die verdeckten Spenden in der SPD hilft bei der Aufklärung – zumindest, wenn man unter Aufklärung das versteht, was Franz Müntefering seit Tagen betreibt. Mit Jürgen Schmude wurde nun auch ein „Chefaufklärer“ eingesetzt, der heute schon zu wissen scheint, was er morgen nicht herausfinden wird. Die Welt

**GRÜNE**

**Wo und wohin?**

Da sitzen 800 Delegierte der Grünen ein ganzes Wochenende in einem Raum ohne Tageslicht und beraten diszipliniert über ein Grundsatzprogramm, von dem sie selber sagen, dass wohl kaum ein potenzieller Wähler es je lesen wird. Wozu also die Liebesmüh, nur sechs Wochen vor dem Wahlparteitag in Wiesbaden, bei dem sich die Partei auf den Bundestagswahlkampf einstimmen will? Die Ernsthaftigkeit der Debatte lässt nur einen Schluss zu: Die Grünen ha-

ben ein großes Bedürfnis zu klären, wo sie stehen nach fast vier Jahren Regierungsteilnahme, in denen sie einen radikalen Anpassungsprozess durchlaufen mussten. Und um nicht weiter nur von Wahlkampf zu Wahlkampf zu stolpern, wollen sie sich vergewissern, wohin die Reise gehen soll. Stuttgarter Zeitung

**PDS**

**Auf zur Macht**

Die PDS bleibt im Bund eine oppositionelle Partei. Diesen Grundsatz betonen die Spitzen der Sozialisten auf ihrem Programmparteitag immer wieder. So steht es in den Redemanuskripten. Doch ihre Vorträge bleiben wenig überzeugend. Die Botschaft von Rostock ist in Wahrheit eine andere. Die PDS bereitet sich sehr zielstrebig auf die Möglichkeit vor, nach dem 22. September auch im Bund in eine Koalitionsregierung einzutreten.

Leipziger Volkszeitung

NEU

Gründungsjahr 1990

NPOST  
INTERNKUR  
WIRTSCH

## Konkurrenz der Kellner

In Phase eins ging es den Postkommunisten um eine Heimat für die Stützen des alten DDR-Systems, ums Überleben im Protest. Die PDS wurde stark und stärker und geht jetzt – Phase zwei – zur Normalität über: Wer Politik macht, will regieren. Die PDS auch. Das haben die Grünen längst hinter sich, auch wenn die alten Reflexe immer noch in den Muskeln zucken. Doch sie wollen jetzt nicht wegen eines Gegenentwurfs gewählt werden, sondern wegen in Ansätzen bereits verwirklichter Politik. Protest ist für sie jetzt Gift. Da sie aber nicht als Koch in der Politik auftreten können, geraten sie als Kellner in Konkurrenz zur PDS.

Rheinische Post

## IG METALL

### Rituale

Seit Monaten feilt die IG Metall an ihrer Stragie für

den Arbeitskampf. Der Fahrplan ist festgezurr. Doch nun legen die Arbeitgeber ein erstes Lohnangebot auf den Tisch: mit einer Zwei vor dem Komma und ein detailliertes Konzept, wie der gemeinsame Entgelttarifvertrag für Arbeiter und Angestellte verwirklicht werden kann – immerhin eine Kernforderung der IG Metall. Man müsste meinen, solche Kompromiss-Signale würden die Gewerkschaft nachdenklich machen. Doch die Warnstreiks sollen jetzt bereits beginnen. Das lässt nur einen Schluss zu: Es ist egal, wie sich die Arbeitgeber verhalten, die alte Kampfmaschine muss aus dem Hangar rollen, damit die aufgestachelten IG Metall-Mitglieder nicht den Spaß an ihrer Gewerkschaft verlieren.

Handelsblatt

## VER.DI

### Bremser

Ver.di macht mobil. Die Weichen für eine große Gesund-

heitsreform sollen nicht ohne die Gewerkschaften gestellt werden. Schon bei der Rentenreform hatten sich die Arbeitnehmervertreter massiv eingeschaltet und als Bremser betätigt. Ohne die Intervention vor allem seitens der IG Metall wäre die Rentenreform mutiger ausgefallen. Bei dem wichtigsten sozialpolitischen Reformprojekt der nächsten Legislaturperiode will sich nun Ver.di ins Bremserhäuschen setzen.

Die Welt

## PORTUGAL

### Vertrauen gewinnen

Mit der Erfüllung der Bedingungen zur Teilnahme an der Währungsunion schien Portugal Musterpilot in der EU zu sein. Aber das ist das Land schon lange nicht mehr. Zurückgehende Produktivität hat auch im Ausland Vertrauen gekostet. Dem neuen Regierungschef fällt die Aufgabe zu, dieses Vertrauen wieder zu gewinnen.

FAZ

**Plakat „Politik braucht Frauen**

DIN A 1

Best.-Nr.: **7821**

25 Expl.: 13,00 € (15,00 €)

DIN A 0

Best.-Nr.: **7822**

25 Expl.: 17,50 € (20,30 €)

**»POLITIK  
BRAUCHT  
FRAUEN!«**

POLITIK BRAUCHT FRAUEN!



**Frauen-Union „Rahmenplakat“**

DIN A 1

Best.-Nr.: **8819**

25 Expl.: 13,00 € (15,00 €)

DIN A 0

Best.-Nr.: **8820**

25 Expl.: 17,50 € (20,30 €)

**Rednerplakat „Maria Böhmer“**

DIN A 1

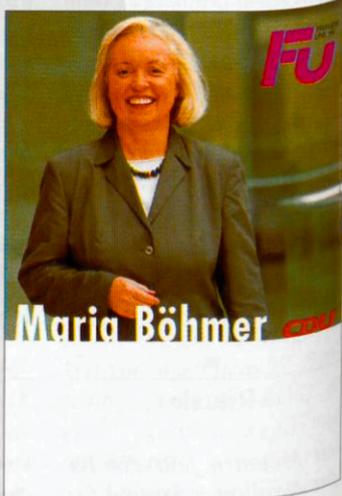
Best.-Nr.: **8817**

25 Expl.: 13,00 € (15,00 €)

DIN A 0

Best.-Nr.: **8816**

25 Expl.: 17,50 € (20,30 €)



Die Preise in den Klammern sind inkl. 7% bzw. 16% MwSt.

Die Versandkosten werden gemäß den Versandbedingungen berechnet.

**Rednerplakat „Edmund Stoiber“**

DIN A 1

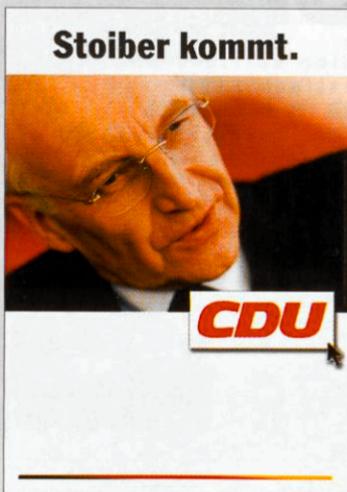
Best.-Nr.: **8859**

50 Expl.: 15,00 € (17,40 €)

DIN A 0

Best.-Nr.: **8858**

50 Expl.: 29,00 € (33,64 €)



**Lederfußball**

Best.-Nr.: **9614**

1 Expl.: 13,20 € (15,30 €)

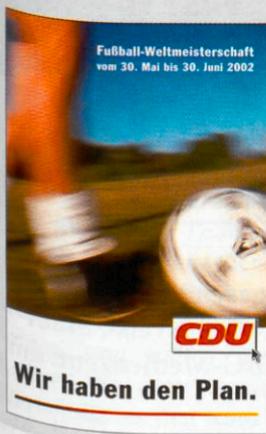


**Postkarte**

„Edmund Stoiber“

Best.-Nr.: **9860**

100 Expl.: 6,90 € (8,00 €)



**Fußball-WM-Kalender**

70 x 105 mm

Best.-Nr.: **9849**

500 Expl.: 23,00 € (26,68 €)

Ab dem 8. April im  
Versandzentrum vorrätig!

**BESTELLANSCHRIFT**

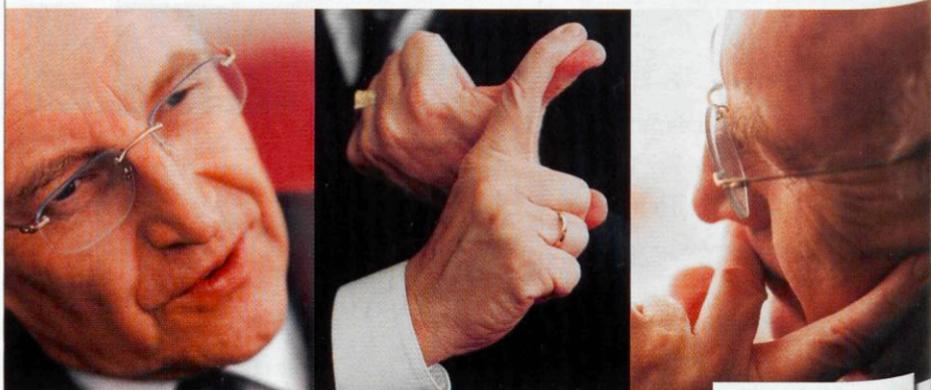
Bertelsmann Distribution GmbH  
– IS-Versandzentrum –  
Postfach 1162,33759 Versmoor  
Telefax 05241-804 1892  
e-mail:  
cdu-shop@bertelsmann.de



Union Betriebs GmbH  
Postfach 1190  
53348 Rheinbach  
PVSt, Deutsche Post AG  
Entgelt bezahlt.

## *Die neue Wandzeitung*

# Kantig. Echt. Erfolgreich.



Das ist die aktuelle Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten oder Infostand. Sie können von allen Kreis-, Stadt- und Ortsverbänden als Jahresabonnement beim UBG-Medienzentrum bestellt werden.

Die Preise in den Klammern sind inkl. 7% bzw. 16% MwSt.  
Die Versandkosten werden gemäß den Versandbedingungen berechnet.